

Bundestagsdepesche

Aktuelles zur Bundespolitik von Veronika Bellmann
Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Mittelsachsen



Jahrgang 7, Ausgabe 2/2010

www.bundestagsdepesche.de

Neues aus der Hauptstadt

Liebe Leser,
im Focus der vergangenen Doppelsitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin stand die Entscheidung des Bundestages über den neu ausgestalteten deutschen Einsatz in Afghanistan. Mit der Kabinettsbefassung der Neuregelung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) rückt auch die Debatte über die umstrittene Absenkung der Solarstromförderung in den Mittelpunkt. Schließlich wurde in den Fachausschüssen, Arbeitsgruppen, Arbeitsebenen von Fraktionen, Ministerien und dem Kanzleramt heftig über die Neuregelung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) diskutiert.

Durch die öffentlichen Äußerungen des Bundesaußenministers und FDP-Bundesvorsitzenden, Dr. Guido Westerwelle, hatte diese Diskussion unnötig an Schärfe gewonnen. Die Koalition aus Union und FDP wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Arbeitslosengeld II (ALG II) möglichst schnell umsetzen. Die Bürger erwarten zu Recht Antworten auch auf die jetzt diskutierten grundsätzlichen Fragen, die über die Entscheidung weit hinausgehen. Dabei wissen wir seit langem um die angesprochenen Probleme und haben als Union immer wieder Lösungsvorschläge präsentiert. Darauf können wir nun aufbauen. Die Koalition will in zwei Schritten vorgehen. Die Bundesarbeitsministerin Dr. Ursula von der Leyen (CDU) wird zunächst grundsätzliche Fragen klären - zum Beispiel das Verhältnis von Geld-, Sach- und Dienstleistungen für die Kinder. Darüber hinaus wird zu entscheiden

sein, inwieweit nach dem Urteil Pauschalierungen sinnvoll und notwendig sind. Von einem Grundsatz werden wir uns dabei weiter leiten lassen: Derjenige, der arbeitet, muss mehr Geld in der Tasche haben, als wenn er nicht arbeiten würde. Arbeitslosigkeit trifft viele Menschen hart. Den Missbrauch des Sozialstaats gilt es umgekehrt zu verhindern. Das ist im Sinne derer, die mit ihrer täglichen Arbeit den weltweit einzigartigen Sozialstaat Deutschland erst ermöglichen. Gerade wegen dieses Spannungsverhältnisses muss die Politik im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik ihre Antworten mit Augenmaß formulieren. Dies ist auch unser Leitmotiv für die Neujustierung der Hinzuverdienstgrenzen. Vor allem muss die unterschiedliche Umsetzung der bestehenden Vorschriften vereinheitlicht werden. Es ist zum Beispiel schon momentan klar geregelt, dass das Arbeitslosengeld II gekürzt werden kann, wenn zumutbare Arbeit nicht angenommen wird. Die Verwaltungspraxis muss jedoch einheitlicher werden. In dem zweiten Schritt wird die konkrete Neuberechnung der Bedarfssätze der Kinder erfolgen. Das dazu notwendige Datenmaterial wird aber erst im September vorliegen. Parallel laufen die Gespräche zu Neuorganisation der Verwaltungsstrukturen. Die Kommunen werden mehr Spielräume für die Übernahme der Aufgabe erhalten als bisher. Der Bund behält die Fach- und Rechtsaufsicht.

Thre Veronika Bellmann

Bundesverfassungsgericht: Urteil zur Vorratsdatenspeicherung

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts werden wir die gesetzlichen Regelungen zur Speicherung der Telekommunikationsverkehrsdaten überarbeiten. Wir müssen in Zukunft noch genauer auf ein besonders hohes Maß an Datensicherheit achten. Insbesondere muss die Einhaltung der strengeren Schutzvorkehrungen staatlich kontrolliert werden. Auch an den Abruf und die Verwendung der Daten sind höhere Anforderungen zu stellen. Wir müssen rasch zu einer Neuregelung gelangen, die unseren Ermittlungsbehörden das unverzichtbare Terrorbekämpfungsmittel der Speicherung der Telekommunikationsverkehrsdaten praktikabel zugänglich macht. **Entgegen den ersten Schlagzeilen ist nicht die Vorratsdatenspeicherung als solche, sondern nur deren konkrete Umsetzung durch den Gesetzgeber verfassungswidrig.** Eine

verfassungskonforme Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung bleibt daher möglich und ist durch die entsprechende EU-Richtlinie geboten. Die Union weiß, was sie der Sicherheit unseres Landes und seiner Bürger schuldig sind. Da bis zu einer Neuregelung keine Grundlage für eine Datenspeicherung besteht, ist besondere Eile geboten. In diesem Sinne werden wir verantwortungsvoll die entsprechenden rechtlichen Grundlagen schaffen.



Berliner Schwerpunkt 1: Reform der ALG II-Regelsätze

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelsätzen für Kinder und Erwachsene im Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II), beim so genannten Hartz IV, muss so schnell wie möglich umgesetzt werden. Darin sind sich alle Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu diesem Thema einig. Dabei muss darauf geachtet werden, dass dort geholfen wird, wo die Lebenslage es erfordert. Es geht um Hilfe zur Selbsthilfe. Die Stärkung der Chancen- und Teilhabegerechtigkeit für Kinder wird ein Kernstück der Neugestaltung der SGB II-Regelsätze sein.

Ziel der Union ist, dass Kinder so schnell wie möglich aus der Grundsicherung herauskommen, und zwar nachhaltig und mit einer guten Perspektive für ihr ganzes Leben.

Daher soll die Grundsicherung für Kinder in einem Teil bargeldlos umgesetzt werden. Denn es gibt auch Eltern im ALG II-Bezug, die selbst Unterstützung und Hilfe bei der Erziehung ihrer Kinder benötigen. Diesen Eltern geben wir die nötige Unterstützung und Hilfestellung, ohne sie dabei aus ihrer eigenen Verantwortung für die Kinder zu



entlassen. Generell wird unter der Führung der Union ein Kriterienkatalog für die Berechnung der Kinder-Regelsätze entwickelt, der sich an der realen Lebenssituation und den echten Bedürfnissen der Kinder orientiert.

Die damalige rot-grüne Bundesregierung hat mit ihren so genannten Hartz-Gesetzen Kinder willkürlich wie „linear kleingerechnete“ Erwachsene behandelt. Die heutige christlich-liberale Koalition wird diesen schweren Fehler nun zum Wohle der Kinder mehr als korrigieren. Die Situation der 1,6 Mio. vom SGB II betroffenen Kinder und deren Bildungssituation stehen für uns im Vordergrund. Auch die Fehler bei den Regelsätzen für Erwachsene wird die jetzige Koalition verfassungskonform mit einem transparenten und konsequenten Anwenden der Einkommens- und Verbraucherstichprobe zur Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums ausbessern. Sowohl bei den Kinder- als auch bei den Erwachsenen-Regelsätzen kommt der anstehenden Erarbeitung der Kriterienkataloge eine zentrale Bedeutung für soziale Sicherheit und Verfassungstreue zu. Daher sind übereilte Forderungen nach einem pauschalen und sofortigen Anheben der Regelsätze sachlich und verfassungsrechtlich völlig falsch. Denn genau eine solche willkürliche Praxis von Rot-Grün bei der Regelsatzbildung hat jüngst das Verfassungsgericht gerügt. Fehler dürfen nicht wiederholt werden.

Demgegenüber hat das Verfassungsgericht das SGB II und seine Grundprinzipien des „Förderns und Forderns“ gene-

rell nicht in Frage gestellt. Daher bleibt für CDU und CSU die Grundsicherung für Arbeitssuchende ein zentraler Punkt der sozialen Sicherung. Daher bleibt für die Union die Vermittlung möglichst vieler Menschen in Arbeit die zentrale Zielsetzung auch des SGB II. Sowohl mit der anstehenden Organisationsreform des SGB II als auch mit der Neugestaltung der Regelsätze für Kinder und Erwachsene wird die **christlich-liberale Koalition** unter Führung der Union ihrem Anspruch als **„Koalition der sozialen Kompetenz“** mit neuen Maßstäben mehr als gerecht werden.

Bundessozialministerin Dr. Ursula von der Leyen ging in ihrer Rede zum Thema vor dem Bundestag insbesondere

auf die Situation der bedürftigen Kinder ein, die Leistungen nach ALG II erhalten. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gebe es hier eine große Chance, neue Wege zu gehen. Grundvoraussetzungen in der Kindheit sind, so die Ministerin, Zuwendung, frühe Förderung und Perspektiven. Ohne diese Grundlage hätten Kinder, anders

als Erwachsene, keine Chance, ihre Talente, ihre Fähigkeiten und ihre Persönlichkeit so zu entwickeln, wie es ihr Recht sei. Hier müsse und werde die christlich-liberale Koalition Akzente setzen. Frau Dr. von der Leyen betonte auch, wie wichtig es sei, dass Schulkindern unabhängig von der Einkommenssituation ihrer Eltern geholfen werde, in der Schule mitzuhalten und voranzukommen. Wenn man Kinderleben ernst nehme, so die Ministerin, gehöre auch das Mitmachen beim Sport, in Musik und sozialen Beziehungen dazu. Wenn Kinder diese Chance nicht erhielten, verkümmerten sie. Wichtig sei, dass das Geld für bedürftige Kinder zielgerichtet in der Förderung für sie ankomme. Kinder, die später ihren Schulabschluss, die Lehre oder den Beruf schafften, bedeuteten auch weniger Erwachsene, die Jahre oder Jahrzehnte von Sozialleistungen lebten.



Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen und die Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann im Mehrgenerationenhaus Freiberg mit der Leiterin Birgit Pasternak.

Berliner Schwerpunkt 2: Neue Afghanistanstrategie

Der Deutsche Bundestag hat das veränderte Mandat der Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen Stabilisierungstruppe für Afghanistan (ISAF) beschlossen. Deutschland wird die Hilfe für den zivilen Wiederaufbau verdoppeln und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte erheblich verstärken. Die Obergrenze des Mandats wird von 4.500 auf 5.350 Soldaten erhöht. Das Mandat ist auf ein Jahr befristet. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt das geänderte Mandat nachdrücklich, denn nur so werden wir, vielleicht sogar noch in diesem Jahr, mit dem Prozess der Übergabe in Verantwortung an die afghanische Regierung beginnen können. Auf der Afghanistan-Konferenz in London hat die Staatengemeinschaft am 28. Januar 2010 einen Neuanfang für Afghanistan beschlossen. Die afghanische Regierung hat ihre Entschlossenheit bekräftigt, die Sicherheitsverantwortung für das Land innerhalb der nächsten fünf Jahre (bis Ende 2014) selbstständig zu übernehmen. Damit sollen die Voraussetzungen für einen schrittweisen Abzug der internationalen Militärpräsenz geschaffen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle ihre Anstrengungen beim Aufbau und bei der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte signifikant erhöhen. In London wurden gemeinsam mit der afghanischen Regierung entscheidende Zielmarken festgelegt: Die Zahl der afghanischen Soldaten und Polizisten soll von derzeit knapp 200.000 auf über 300.000 anwachsen.

Unser verstärktes Engagement kann nur erfolgreich sein, wenn die afghanische Regierung ihre in London eingegangenen Verpflichtungen zügig und mit Nachdruck umsetzt. Verantwortungsvolle Regierungsführung, Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität, Schutz der Menschenrechte sind die Themen, denen sich die afghanische Regierung widmen muss. Nur so kann das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung in ihre Regierung gestärkt werden. Ein wichtiger in London vereinbarter Punkt ist das von der afghanischen Regierung eigenverantwortlich durchgeführte Wiedereingliederungsprogramm. Wir wollen die Mitläufer unter den Aufständischen erreichen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen auf der falschen Seite stehen. Deshalb unterstützen wir den Reintegrationsfonds zur Finanzierung des Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramms unter afghanischer Leitung.

Unser Einsatz in Afghanistan dauert länger und ist schwieriger, als wir zu Beginn des von ROT-GRÜN initiierten Einsatzes vor gut acht Jahren gedacht haben. Aber

mit den Beschlüssen von London haben wir die Chance, in einzelnen Distrikten in unserem Verantwortungsbereich Nordafghanistan Anfang 2011 mit der Übergabe der Verantwortung zu beginnen und dann nicht mehr benötigte Fähigkeiten zu reduzieren.

Um in den nächsten vier Jahren die Voraussetzungen für diese Reduzierung der militärischen Präsenz zu schaffen, stocken wir die deutschen Kräfte für die Ausbildung afghanischer Soldaten von 280 auf 1.400 auf. Und wir forcieren unsere Ausbildung von afghanischen Polizisten, von denen wir bis 2012 15.000 einsatzfähig machen wollen. Je intensiver wir uns diesen Aufgaben jetzt widmen, desto früher können wir mit dem Abzug unserer eigenen Soldaten beginnen. Deshalb stocken wir die Zahl unserer Soldaten in Afghanistan vorübergehend um 500 Soldaten auf, ergänzt um eine zeitlich befristete flexible Reserve von 350 Soldaten für besondere Situationen wie zum Beispiel

Wahlen. Eine schrittweise Reduzierung der militärischen Präsenz ist zwingend an Fortschritte beim zivilen Aufbau und dem Aufwuchs der afghanischen Sicherheitskräfte gekoppelt. Deshalb intensivieren wir nicht nur unsere Ausbildungsbemühungen, sondern verdoppeln auch unsere jährlichen Mittel für den zivilen Aufbau in Afghanistan auf 430 Mio. Euro.

Beendet werden kann der ISAF-Einsatz allerdings erst dann, wenn in Afghanistan eine selbsttragende Sicherheit und Stabilität geschaffen sind. Ein vorzeitiger Abzug würde unserer eigenen Sicherheit schaden. Afghanistan darf nicht wieder zu einem gescheiterten Staat werden, von dem aus Terroristen gegen uns agieren können. Zögen wir vorzeitig oder gar überstürzt ab, würden wir das bisher Erreichte verspielen und viele Menschen den Taliban als schutzlose Opfer ausliefern: Unsere Soldaten und Entwicklungshelfer haben in den letzten Jahren Großes geleistet und viel erreicht. Ihnen gebühren Dank und unsere Anerkennung.



EU-Kommission legt Frühjahrsprognose vor - wir sind noch nicht durch!

Die Europäische Union wird sich nach Einschätzung der EU-Kommission schrittweise von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise erholen. Für das laufende Jahr wird ein Zuwachs von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die Länder der Europäischen Union erwartet, für Deutschland ein Wachstum von 1,2 Prozent. Noch immer gibt es eine Reihe von Faktoren, die den wirtschaftlichen Aufschwung in Europa bremsen, so etwa die schwierige Lage auf den Immobilien- und Finanzmärkten in einigen Ländern und die anhaltende Zurückhaltung der privaten Verbraucher - gerade mit Blick auf einen möglichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Hoffnung kommt von der unerwartet starken Erholung der Welt-

wirtschaft mit einem möglichen Wachstum von über 4 Prozent, von der auch die Länder der EU profitieren könnten. Für eine nachhaltige Verbesserung der Wachstumsperspektiven in der Europäischen Union und für die Chance, mit anderen Wachstumszentren dieser Welt auf Dauer mithalten zu können, müssen die politischen Schwerpunkte richtig gesetzt werden, vor allem auf die Bereiche Bildung und Forschung, Beschäftigung und umweltfreundliche Investitionen. Das von der EU-Kommission vorgelegte neue Konzept „Europa 2020“, das die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfel am 25. März beraten werden, muss sich diesen politischen Schwerpunkten widmen.

Die 8. Kalenderwoche im Deutschen Bundestag - ein Auszug

Der Deutsche Bundestag hat das **Erste Gesetz zur Änderung des Direktzahlungen-Verpflichtungsgesetzes** verabschiedet. Damit werden verschiedene europäische Verordnungen 1:1 umgesetzt. Es erfolgt die formale Umsetzung der neuen Cross-Compliance-Verpflichtungen im Bereich Wasserbewirtschaftung und Gewässerschutz. Zudem werden bestimmte Beihilfen im Weinsektor in den Anwendungsbereich des Gesetzes einbezogen.

Auch das **Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften** wurde verabschiedet. Damit werden insbesondere aktuelle Urteile des Europäischen Gerichtshofs sowie EU-Richtlinien umgesetzt. So wird der räumliche Geltungsbereich bei der Zulagenberechtigung der Riester-Förderung ausgeweitet und die steuerliche Förderung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen verbessert. Die Umsatzbesteuerung wird an die Liberalisierung des Postmarktes angepasst, um mehr Wettbewerb der Postdienstleister zuzulas-

Ebenfalls verabschiedet wurde das **Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz**. Dieses Gesetz ist nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz und dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz nun die dritte Säule der Stabilisierungsgesetze als Maßnahmen zur Krisenbekämpfung. Es gilt als **„Schutzschirm für Arbeitnehmer“**. Damit sollen insbesondere die konjunktur- bzw. krisenbedingten Mindereinnahmen in der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung aus Steuermitteln aufgefangen und auf diesem Wege die Lohnnebenkosten stabilisiert werden. Zu diesem Zweck wird im Bereich der Arbeitslosenversicherung das nach bisheriger Rechtslage für das Haushaltsjahr 2010 vorgesehene Darlehen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit zum Jahresende in einen Zuschuss umgewandelt. Im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung erhält der Gesundheitsfonds als gesamtstaatliche flankierende Maßnahme für das Jahr

sen. Die Grundversorgung der Bürger mit Postdienstleistungen bleibt dabei weiterhin umsatzsteuerfrei.

Die **Einsetzung einer Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“** sieht der gleichnamige beschlossene Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen vor. Die Enquete-Kommission soll politische Handlungsempfehlungen erarbeiten, die der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft in Deutschland dienen.

Mit dem erfolgreichen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **„Bologna-Prozess vollenden – Länder und Hochschulen weiter unterstützen“** wird die Bundesregierung aufgefordert, weiter engagiert für die Vollendung des gemeinsamen europäischen Hochschulraumes einzutreten sowie Länder und Hochschulen bei der weiteren Umsetzung der Bologna-Reformen zu unterstützen und verlässliche Perspektiven für die Verbesserung der Qualität der Lehre zu schaffen.

2010 einen weiteren Zuschuss in Höhe von 3,9 Milliarden Euro. Die landwirtschaftlichen Krankenkassen werden an dieser Leistung des Bundes in Höhe eines Teilbetrags von rund 23 Millionen Euro beteiligt, so dass auch die konjunkturbedingte Belastung der Versicherten in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung aufgefangen wird. Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird der **Freibetrag für Altersvorsorgevermögen von 250 Euro auf 750 Euro je vollendetem Lebensjahr angehoben** und der **Vermögensschutz für geldwerte Ansprüche, die der Altersvorsorge dienen, wesentlich verbessert**. Schließlich werden mit dem „Gesetz über ein Sonderprogramm mit Maßnahmen für Milchviehhalter“ die Grundlagen für Sofortmaßnahmen zum Ausgleich der konjunkturell bedingten schwierigen Einnahmen- bzw. Liquiditätssituation der Landwirte geschaffen.



Veronika Bellmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
EU-Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Paul Löbe Haus, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 77620

☎ (030) 227 – 76602

veronika.bellmann@bundestag.de

www.veronika-bellmann.de

PRESSEMITTEILUNG

Bellmann: Aufklärung tut Not – den Bock nicht zum Gärtner machen

EU-Kommissionspräsident Barroso ist zur Stellungnahme wegen EU-Berater Tätigkeit eines ehemaligen SachsenLB Managers aufgefordert

Zur Berater Tätigkeit für die EU-Kommission durch den ehemalige Bankmanager der SachsenLB, Claus Wilsing, erklärt die stellvertretende europapolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Veronika Bellmann CDU [...]

Wir sprechen deutsch – die Amtssprache ist Deutsch, nicht „Denglisch“

Nachdem der Bundesverkehrsminister Dr. Ramsauer (CSU) in seinem Ministerium angeordnet hat, Deutsch als Amtssprache und generell in allen Behörden sowie offiziellen Dokumenten zu gebrauchen, zieht nun auch der Chef der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube, endlich nach. Dazu erklärt die stellvertretende europapolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion und stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages, Veronika Bellmann [...]

Veronika Bellmann kämpft an der Seite von Bundesverkehrsminister Ramsauer um Verkehrsinvestitionen

Zu den aktuellen Haushaltsberatungen des Einzelplans 12 – dem Etat des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) – erklärt die CDU-Wahlkreisabgeordnete und Mitglied im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages, Veronika Bellmann, nach der Sitzung des Verkehrsausschusses [...]

Ortsumgehung Freiberg – ohne Moos nichts los

Parallel zum Planfeststellungsverfahren bemüht sich die CDU-Bundestagsabgeordnete um die Finanzierung des 68-Millionenprojektes

Zum jüngst seitens der Landesdirektion Chemnitz abgeschlossenen Planfeststellungsverfahren und dem erteilten Baurecht zur Ortsumgehung Freiberg teilt die CDU-Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Veronika Bellmann, mit [...]

Einschnitte bei Solarförderung zu hart

Zur gestern im Bundeskabinett vorgelegten Formulierungshilfe zum Gesetzentwurf „Änderung des Erneuerbare Energien Gesetz – EEG“ erklärt die mittelsächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann [...]

**Die vollständigen Pressemitteilungen finden Sie unter
www.veronika-bellmann.net/pressemitteilungen**

Kurz notiert

Familienunternehmer rentabler als andere Unternehmen

Die großen familiengeführten Unternehmen in Deutschland haben ihre finanzielle Stabilität in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. 2007 konnten sie ihre Eigenkapitalquote auf 30,8 Prozent erhöhen, während die durchschnittliche Eigenkapitalquote aller Unternehmen in Deutschland bei nur rund 20 Prozent lag. Auch bei der Umsatzrentabilität lagen sie mit 3,8 Prozent deutlich über dem Durchschnitt (2,3 Prozent). Auch für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands leisten die großen Familienunternehmen einen wichtigen Beitrag: Ihre Investitionsquote für Forschung und Entwicklung betrug 4,8 Prozent gegenüber dem Schnitt 3,9 Prozent aller FuE treibenden Unternehmen. Von hoher Bedeutung sind große Familienunternehmen zudem für den Arbeitsmarkt: Obwohl sie nur 0,1 Prozent aller Unternehmen in Deutschland ausmachen, sind 14 Prozent aller Beschäftigten bei ihnen tätig.

(Quelle: BDI)

Bevölkerung vertraut der Bundeswehr (BW) und hat kaum Vorbehalte gegen ihren Einsatz im Inneren

Die deutschen Streitkräfte erfreuen sich in der Bevölkerung hoher Beliebtheit: Etwa neunzig Prozent der Bundesbürger bringen der Bundeswehr Vertrauen entgegen. Damit nimmt die Bundeswehr neben der Polizei einen Spitzenplatz ein. Die positive Einstellung gegenüber der Bundeswehr ist in allen sozialen Schichten gleichermaßen verbreitet. Neun von zehn Bundesbürgern befürworten den Einsatz der Bundeswehr zur Landesverteidigung und zur Katastrophenhilfe. Rund 77 Prozent befürworten darüber hinaus die Überwachung deutscher Küsten und Hafenanlagen zum Schutz vor terroristischen Angriffen. 71 Prozent sprechen sich für den Einsatz der Bundeswehr im Landesinneren zum Schutz von öffentlichen Gebäuden und sicherheitssensiblen Einrichtungen wie Kernkraftwerken und Chemiefabriken aus.

(Quelle: Sozialwissenschaftliches Institut der BW)

Ausbildungspakt trotz Krise erfolgreich

Trotz der Wirtschaftskrise ist die Lage am deutschen Ausbildungsmarkt insgesamt positiv. Zwar ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 8,2 Prozent auf 566.000 zurückgegangen, dennoch konnte jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Angebot auf Ausbildung oder Qualifizierung gemacht werden.

Insgesamt sind zum jetzigen Zeitpunkt noch 4.400 Bewerber unversorgt. Ihnen stehen jedoch deutlich mehr offene Angebote zur Verfügung, darunter allein 11.100 unbesetzte Plätze in der Einstiegsqualifizierung.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Mehr als eine Million Arbeitsplätze durch Kurzarbeit und flexible Arbeitszeiten gesichert

Dank flexibler Arbeitszeiten und des Instruments der Kurzarbeit sind in Deutschland 2009 rund 1,2 Millionen Jobs gesichert worden. Insgesamt ist die durchschnittliche Jahresarbeitszeit krisenbedingt um 3,2 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg 2009 sprunghaft an und lag im Jahresdurchschnitt über einer Million. Bei ihnen fiel gut ein Drittel der normalen Arbeitszeit aus. Auf alle Arbeitnehmer umgerechnet waren es jährlich 15,5 Arbeitsstunden, nach 1,8 Stunden im Jahr 2008. Der Stand auf den Arbeitszeitkonten ist im Jahresverlauf 2009 um 9,3 Stunden je Arbeitnehmer abgeschmolzen. Kräftig abgenommen hat auch die bezahlte Mehrarbeit. Je Arbeitnehmer wurden 13 bezahlte Überstunden weniger geleistet als im Jahr 2008.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Wirtschaftsleistung expandiert im Schlussquartal 2009

Die Wirtschaftsleistung wächst deutlich und anhaltend. Wie schon im dritten Quartal beträgt die Zuwachsrate für das saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt Ende vergangenen Jahres 0,6 Prozent. Die Industriesektoren (Produzierendes Gewerbe ohne Bau) wachsen dabei mit 1,6 Prozent am deutlichsten und sind maßgeblich für die Aufwärtsbewegung verantwortlich. Auch für den Bereich „Handel, Gaststätten und Verkehr“ zeichnet sich ein Wachstum von 0,7 Prozent ab.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Termine

- 08.03. Abgeordnetenfrühstück der Agentur für Arbeit in Oschatz
- 08.03. Gespräch zur Vorbereitung des Mittelsächsischen Wirtschaftstages in Döbeln
- 08.03. Sitzung des CDU-Kreisvorstandes in Rossau
- 09.03. Südwestsachsenrunde mit MdL Thomas Schmidt
- 09.03. Gespräch bei der Agentur für Arbeit in Chemnitz
- 09.03. Veranstaltung des CDU-Stadtverbandes in Leisnig
- 10.-12.03. Delegationsreise des EU-Ausschusses des Deutschen Bundestages in Sachen EU-Beitritt Islands nach Reykjavik/Island
- 14.-15.03. Klausurtagung der AG Verteidigung in Berlin
- 15.-19.03. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin

Kontakt

Berlin

Platz der Republik 14, 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 77607
Fax: (030) 227 76602
veronika.bellmann@bundestag.de

Freiberg

Erbische Str. 5, 09599 Freiberg
Tel.: 03731 212967
Fax: 03731 459446
veronika.bellmann@wk.bundestag.de

Döbeln

Zwingerstraße 2a, 09420 Döbeln
Tel.: 03731 212967
Fax: 03731 459446
veronika.bellmann@wk.bundestag.de

www.veronika-bellmann.de

Redaktion der Bundestagsdepesche:
Veronika Bellmann
Markus Jaeger

www.bundestagsdepesche.de